

Presseinformation

CDU-Fraktion: Haushaltsvotum war ein wichtiges politisches Zeichen

Die Fraktion der CDU im Stadtrat Plauen hat gemeinsam mit der Fraktion der FDP/Initiative Plauen am Dienstagabend einen Haushaltsbeschluss im Sinne der Plauener Bürger und Unternehmen getroffen, der durch verschiedene Vorschläge zu möglichen Einsparungen gedeckt ist.

„Nach intensiven Beratungen wurde der Beschluss gefasst, einen Haushalt mit den eingebrachten und angekündigten Änderungen zu verabschieden. Unsere Entscheidung ist vor allem ein wichtiges politisches Zeichen an die Bürger Plauens. Es ist ein Zeichen, dass wir einerseits nicht willens sind, uns vom Verwaltungschef erpressen zu lassen - mit der Drohung, dass er wegen der Haushaltsentscheidung den Theaterkompromiss und die Vereinsförderung zur Disposition stellt. Zum zweiten sagen wir deutlich, dass wir nicht für die schweren wirtschaftlichen Fehler der Verwaltung in der Vergangenheit die Bürger und Unternehmer unserer Stadt durch steigende Steuern in Haftung nehmen lassen wollen“, macht Fraktionschef Steffen Zenner klar. Es gehe vor allem darum, einen Haushalt zu erstellen, der sich daran orientiert, den Standort Plauen nicht weiter zu schwächen.

„Bevor man den als Wohn- und Wirtschaftsstandort durch höhere Steuern verteuert, müssen erst alle anderen Möglichkeiten geprüft sein. Die Verwaltung muss interne Einsparpotenziale abrufen und vor allem die undurchsichtigen Strukturen in den Eigenbetrieben straffen“, macht Steffen Zenner die Erwartungshaltung der CDU-Fraktion deutlich. Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplanentwurf sei ein phantasieloses Stopfen von Löchern gewesen, statt ein Perspektiven eröffnendes Strukturpapier.

Erfreut habe man bei der CDU registriert, dass alle Fraktionen das Thema Waldverkauf als nicht hilfreich für die Konsolidierung der städtischen Finanzen erachten. Von Anfang an hatte die CDU-Fraktion das Thema kritisch reflektiert – ein großer Teil der Forderungen, wie die effektivere Vermarktung des Holzes, fand so schon im Vorfeld Eingang in die städtischen Planungen.

Eine Erhöhung bei der Grundsteuer sei aufgrund der Struktur der Plauener Bevölkerung schwer vermittelbar. „Nur weil wir in Plauen gerade mal Geld brauchen, können wir doch nicht die Zeche von den älteren Leuten bezahlen lassen, die vor vierzig Jahren ein Häuschen gebaut haben und heute mit einer kleinen Rente leben. Sie weiter zu belasten, ist ziemlich unsozial. Zudem belasten wir all jene Vermieter, die mit hohem Leerstand zu kämpfen haben, denn sie können die erhöhten Steuern nicht auf ihre Mieter umlegen. Das trifft auch und gerade auf unsere städtische WbG zu, die wir dadurch nachhaltig schwächen“, macht Finanzausschuss-Mitglied Wolf-Rüdiger Ruppin deutlich, der auch Ortsvorsteher in Großfriesen ist.

Den Hebesatz der Gewerbesteuer noch weiter zu steigern, nehme der Stadt einen letzten Anreiz für ansiedlungswillige Investoren. „Wir brauchen höhere Gewerbesteuer-Einnahmen aus attraktiven Neuansiedlungen nennenswerter Größe. Unsere Plauener Wirtschaftsstruktur braucht dringend eine zukunftsweisende Perspektive“, macht CDU-Haushaltsexperte Hansjoachim Weiß deutlich.

Er kritisiert, dass der Oberbürgermeister ständig von einem Finanzloch von neun Millionen Euro (Gewerbesteuer und Grundsteuer) im „Planungszeitraum“ (also bis 2019) spricht. Um konkrete Zahlen für den beschlossenen Doppelhaushalt 2015/16 drücke sich das Stadtoberhaupt. Zudem sei der Fehlbetrag der Gewerbesteuer höchst spekulativ.

„Aus Erfahrung der vergangenen Jahre wissen wir, dass wir mal 16 Millionen Euro geplant und dann fast 20 Millionen eingenommen haben. Leider gilt das auch umgekehrt. Die Steuereinnahmen werden durch Wirtschaftsleistung der hiesigen Unternehmen beeinflusst. Zudem verschweigt der OB die Tatsache, dass unserer Stadt jetzt getätigte Mehreinnahmen, in den Folgejahren teilweise durch das Finanzausgleichsgesetz (FAG) wieder abgezogen werden“, ist Weiß über das Verhalten des Stadtoberhauptes erbost. Er und seine Fraktionskollegen können das Gerede vom angeblich nicht gedeckten Haushalt nicht mehr hören. Die durch die Fraktion angegebenen Deckungsquellen für die Reduzierung der Belastungen der Bürger erachten die christdemokratischen Stadträte als durchaus tragfähig.

„Wir ersuchen die Verwaltung dringend, die unterbreiteten Vorschläge aller Fraktionen sehr ernsthaft zu prüfen. Die Einsparpotenziale – egal ob sie sofort greifen oder erst mittelfristig – müssen für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ausgereizt werden, bevor wir über Steuersteigerungen sprechen“, sagt Tobias Kämpf, Sprecher der Fraktion im Finanzausschuss.

Steffen Zenner
Fraktionsvorsitzender
Tel. 01 76 / 45 35 03 86

Ingo Eckardt
Pressesprecher
Tel. 01 73 / 3 62 26 50

Plauen, 06.03.2015